



## Wenn der Westen die Palästinenser wie Minderjährige behandelt, Teil 2

Von Jan Kapusnak

Die Infantilisierung funktioniert auch durch Bauchreden. In den Milieus progressiver Aktivisten und Medien werden Palästinenser routinemäßig eher erzählt als gehört. Außenstehende erklären, was Palästinenser „wirklich wollen“, welche Stimmen „authentisch“ sind und welche Meinungen als erzwungen oder nicht repräsentativ abgetan werden können. Handlungsfähigkeit wird zur Bedingung – sie wird anerkannt, wenn sie in die „richtige“ Richtung weist.

Diese Dynamik führt dazu, dass die Weltanschauung der Hamas gewaschen wird. In Teilen des westlichen pro-palästinensischen Milieus wird die Sprache des „Widerstands“ der Hamas normalisiert, ihr Autoritarismus abgemildert und Palästinenser, die Reformen, Koexistenz oder ein Ende der Hamas-Herrschaft fordern, werden an den Rand gedrängt – während maximalistische Slogans und ein Kult des „Märtyrertums“ als das einzige authentische Register der palästinensischen Politik behandelt werden. Wenn die Bewohner des Gazastreifens gegen die Hamas protestieren, verschwindet die Geschichte oft in der Versenkung. Im März 2025 wurden bei seltenen Demonstrationen im nördlichen Gazastreifen „Hamas raus“ skandiert und ein Ende des Krieges gefordert; ein Demonstrant sagte gegenüber arabischen Medien: „Sie haben unser Leben zerstört. Sie beherrschen uns mit Angst.“

Das gleiche selektive Schweigen zeigt sich, wenn die Hamas Andersdenkende als „Kollaborateure“ brandmarkt und sie bestraft – manchmal öffentlich und tödlich: Ein Großteil der Aktivistenszene schweigt auffallend, und in einigen Ecken wird sogar die Kategorie „Verräter“ als legitimes Merkmal der „Befreiungspolitik“ behandelt. Palästinenser, die gegen Hamas sind, existieren und verdienen weit mehr Aufmerksamkeit, als es die westlichen Infantilisierungsskripte erlauben.

### NGOs unter der Kontrolle der Hamas

Das Ökosystem der humanitären und Menschenrechts-NGOs kann die Infantilisierung der Palästinenser verstärken, indem sie diese fast ausschließlich als Hilfsempfänger, Patienten und Traumaopfer darstellen. NGO Monitor, ein in Jerusalem ansässiges Forschungsinstitut, argumentiert seit Jahren, dass viele einflussreiche NGOs in der israelisch-palästinensischen Arena weniger als neutrale Tatsachenermittler, sondern vielmehr als politische Akteure agieren: Sie produzieren einseitige, anklägerische Darstellungen mit schwacher Überprüfbarkeit, weisen Israel die volle Absicht und rechtliche Schuld zu, während sie die Hamas als

„militante Kämpfer“ im Hintergrund und nicht als herrschende Behörde mit Pflichten gegenüber der Zivilbevölkerung behandeln. Der Bericht von NGO Monitor vom Dezember 2025, „Puppet Regime: Hamas’ Coercive Grip on Aid and NGO Operations in Gaza“, der sich auf interne Hamas-Dokumente stützt, argumentiert, dass die Hamas systematisch ausländische NGOs und Hilfsmaßnahmen überwacht und kontrolliert hat – was unterstreicht, warum es irreführend ist, Gaza als reine Opferrolle ohne Machtstrukturen darzustellen.

Aus diesem Grund betont die Hamas in ihrem *Narrativ* ausdrücklich die Aufrechterhaltung von Beziehungen zu liberalen Akteuren weltweit, die „mit den Palästinensern gegen die Besatzung stehen“, während sie darauf drängt, eine Normalisierung mit Israel zu verhindern und Israel weiterhin vor internationalen Gerichten und Foren zu verfolgen.

Die Infantilisierung macht auch vor Gaza nicht halt. Im Westjordanland nimmt sie eine leisere Form an: Die Palästinensische Autonomiebehörde wird weniger als Regierungsregime denn als fragiler humanitärer Platzhalter behandelt. Mahmoud Abbas steht seit 2005 an der Spitze der Palästinensischen Autonomiebehörde. Sein Wahlmandat lief 2009 aus, und seitdem hat es keine Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen mehr gegeben. In dieser Welt wird Israel zur Standarderklärung für die Abwesenheit von Demokratie; die Wahl der palästinensischen Führung wird zu einem zweitrangigen Detail. Umfragen zeigen immer wieder die tiefe Frustration der Öffentlichkeit – große Mehrheiten wollen, dass Abbas zurücktritt, und Korruption wird weithin als endemisch angesehen – doch die Palästinensische Autonomiebehörde behält ihre diplomatische Legitimität und die beträchtliche Unterstützung der Geber bei, ohne dass der Druck für Transparenz und Reformen groß ist. Sie signalisiert den palästinensischen Eliten, dass die Macht ohne Erneuerung erhalten werden kann, während den Reformern gesagt wird, dass die Rechenschaftspflicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden kann.

„Nakba“ – als die „Infantilisierung“ der Palästinenser begann

Die Infantilisierung wirkt auch rückwirkend – durch die Geschichte. Die Nakba (arabisch für „Katastrophe“, die Bezeichnung für den Krieg und die Vertreibung von 1948) wird im westlichen Diskurs oft als etwas dargestellt, das den Palästinensern 1948 einfach widerfuhr, wobei die vorangegangene politische Entscheidung zu wenig beachtet wird: die Ablehnung des UN-Teilungsplans von 1947 und die Entscheidung der arabischen Führer, Krieg zu führen, um einen jüdischen Staat zu verhindern. Das war keine unvermeidliche Kettenreaktion; es war ein strategisches

Spiel mit vorhersehbaren Folgen – und hätte es Erfolg gehabt, ist es schwer vorstellbar, dass die jüdische Gemeinschaft die gegen sie mobilisierten Kräfte und die Rhetorik unbeschadet überstanden hätte. Doch als das Spiel scheiterte, wurde die Niederlage als reine Opferrolle kodiert und die Verantwortung nach außen geschoben.

In den Jahren 1990-91 unterstützte die PLO unter Jassir Arafat Saddam Hussein nach der irakischen Invasion in Kuwait – eine Entscheidung, die die palästinensische Führung auf die falsche Seite eines entscheidenden internationalen Bruchs stellte und die Palästinenser am Golf schwer belastete. Die jahrzehntelange chronische Ablehnung zahlreicher diplomatischer Möglichkeiten wird ebenfalls als unvermeidlich abgetan, anstatt als Strategie mit Konsequenzen behandelt zu werden. Und als die arabisch-israelische Normalisierung durch das Abraham-Abkommen voranschritt, verurteilte der Großteil der palästinensischen Führung dies als Verrat – und verstärkte damit eine Politik der Ablehnung gegenüber dem Aufbau eines Staates. Die Hamas ihrerseits betrachtete die Normalisierung als strategische Bedrohung und das Massaker vom 7. Oktober zielte unter anderem darauf ab, die Aussicht auf eine israelisch-saudische Normalisierung zu vereiteln. In jedem Fall werden die Konsequenzen so dargestellt, als hätten die Palästinenser keine Wahl gehabt – und das Ergebnis ist eine historische Amnesie: Die Palästinenser werden als Passagiere der Geschichte dargestellt, nicht als deren Lenker.

Wenn man wirklich einen palästinensischen Staat will, sollte man auf politischer Mündigkeit bestehen: rechenschaftspflichtige Regierende, auswechselbare Führer, Institutionen gegenüber islamistischen Terrorgruppen und ein moralisches Vokabular, das keinen Todeskult romantisiert. Das bedeutet auch, dass man sich einem zentralen Hindernis für den Frieden stellen muss: den anhaltenden dominanten Strömungen in der palästinensischen Gesellschaft, die nicht die Koexistenz mit Israel, sondern dessen Auslöschung anstreben. So zu tun, als sei dieses Streben nebensächlich – oder lediglich eine Metapher – ist keine Solidarität, sondern eine kostspielige Selbsttäuschung.

Jan Kapusnak ist ein politischer Analyst und Autor. Er lebt in Tel Aviv.